

Nicht kindgerecht

WDR-Doku über Asyl

Das Schlimmste kommt am Schluss: In Deutschland können Jugendliche schon mit 16 Jahren abgeschoben werden. Die internationale Konvention der UN über die Rechte von Kindern aber schützt sie bis zum Alter von 18 Jahren vor Abschiebung. Doch die Bundesrepublik „erkennt diese Konvention nur eingeschränkt an und stellt deutsches Ausländerrecht über das Völkerrecht“ formulieren Natascha Breuers und Ralf Jesse am Ende ihrer so beklemmenden wie anrührenden Dokumentation über „Die Geduldeten“.

Die Autoren haben über einen Zeitraum von zwei Jahren Kinder aus afrikanischen Ländern begleitet, die hier ohne Eltern ankamen und ohne Bleiberecht leben, sechs von 5-10 000. Dabei wird sichtbar, wie das unmittelbare Umfeld, Jugendämter und Heimleiter, wohl Verständnis für das Schicksal der Flüchtlinge aufbringen, wie aber die Ausländerbehörden ihre Aufgabe vor allem darin sehen, die Festung Deutschland dicht zu machen, etwa, indem sie die Asylbewerber nicht kindgerecht behandeln, so dass ein Priester eine Befragung sogar als „pervers“ schildert. Diese Art von Pflichterfüllung deutscher Beamten erinnert dann doch an unselige Zeiten.

Dabei zeigen die Jugendlichen, wie gut sie sich integrieren, wie rasch sie Deutsch lernen – und wie sie unter der Einsamkeit leiden. Der 16-jährige Mamadou, aus einem Knast in Guinea entflohen, bekommt von einer braven Betreuerin den Rat, er müsse mehr Humor haben. Sein Asylantrag ist abgelehnt.

„Die Geduldeten“, WDR, 23.15 Uhr.

NACHRICHTEN

Rechnungshöfe kritisieren SWR

Die Rechnungshöfe von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben den Südwestrundfunk (SWR) aufgefordert, die Effektivität bei Fernsehproduktionen zu erhöhen. Bei 18 untersuchten Produktionen seien die Kosten zu hoch veranschlagt worden, teilten die Landesrechnungshöfe am Mittwoch mit. Sie kamen bei ihrer Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des SWR in den Jahren 2003 bis 2006 zudem zum Ergebnis, dass die Ausgaben für Repräsentation und Bewirtung zu großzügig gewesen seien.

Einnahme-Einbußen bei der Werbung

Die Medien als Werbeträger müssen in diesem Jahr Einnahmehinbußen in der Größenordnung von 140 Millionen Euro hinnehmen. Das erwartet der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft ZAW aufgrund eigener Hochrechnungen. Viel hänge aber noch vom gewöhnlich werbestarken Geschäft vor Weihnachten und zum Jahreswechsel ab, heißt es in einem Dossier „Finanzkrise und Werbemarkt 2008/09“.



Wenn diese Insel eine Regierung braucht, braucht sie auch Pressefreiheit. WILLIAM ALBERT ALLARD/GETTY IMAGES

Waffen gegen die Medien

Vom Kampf um Pressefreiheit – auf der Pazifikinsel Samoa

Von Tobias Romberg

Der Mann fährt sich nachdenklich durch sein gekräuselt graues Haar. Er hat Grund zum Grübeln; Savea Sano Malifa ist Journalist, 60 Jahre alt und Gründer sowie Chefredakteur einer Tageszeitung: des Samoan Observer. „Die Arbeit als unabhängige und kritische Tageszeitung ist in letzter Zeit wieder schwieriger geworden“, sagt Malifa. Auf dem Tisch vor ihm liegt eine Ausgabe seiner Zeitung. Sie titelt in großen schwarzen Lettern: „Medien werden bei den Ermittlungen zum Waffenschmuggel geknebelt.“

Es ist ein gutes Zeichen, dass der Samoan Observer so etwas drucken kann, und ein schlechtes, dass er so etwas drucken muss. Es ist aber auch sinnbildlich für die Situation der Printmedien auf der Südseeinsel: Sie werden zwar als frei eingestuft und können so ziemlich alles abdrucken, doch bei ihrer täglichen Recherchearbeit werden ihnen Steine in den Weg gelegt. Chefredakteur Malifa hat gelernt, den Steinen auszuweichen oder sie vom Weg zu räumen. Meist ohne Hilfe. „Wir kriegen leider sehr wenig nationale und internationale Unterstützung“, klagt Malifa.

Jedes Jahr veröffentlicht die Organisation Reporter ohne Grenzen, die gegen Zensur und für Pressefreiheit und inhaftierte Journalisten kämpft, ein Ranking: eine Rangliste der Pressefreiheit. In der am 22. Oktober veröffentlichten Liste für dieses Jahr führt die Organisation 173 Länder. Doch von Samoa keine Spur, obwohl Zwergenstaaten wie die Komoren, die Fidschi-Inseln und Tonga berücksichtigt werden. An der Bevölkerungsgröße als Kriterium kann es nicht liegen: Denn die Pazifikinsel Tonga hat gut 100 000 Bürger, die Pazifikinsel Samoa gut 170 000. „Es mangelt uns an Informationen und Kontakten“, heißt es dazu aus der Pariser Zentrale von Reporter ohne Grenzen.

Der Samoan Observer, der täglich und bis auf vier Seiten in englischer Sprache erscheint, kämpft



Den Steinen ausweichen: Mataafa Keni Lesa. TOBIAS ROMBERG

indes um Anerkennung und wirbt schon auf der Titelseite mit dem Claim „Your Award Winning Newspaper“. Im Impressum werden sechs Auszeichnungen für den Kampf um die Pressefreiheit aufgeführt, die zwischen 1994 und 2001 errungen wurden. So nannte das „International Press Institute“ Malifa 2000 zum „World Press Freedom Hero“. Doch nach 2001 wurde es ruhig um den Observer, obwohl sich die sieben Journalisten des Hauses mit Anklagen wegen Berichte über „vermutete Korruption und Amtsmissbrauch“ konfrontiert sahen, heißt es im Länderbericht der BBC.

Unter den fünf Presseorganen Samoas ist der „Observer“ die einzige unabhängige Stimme

„Im Vergleich zu anderen Jahrzehnten hatte sich die Situation unter dem aktuellen Premierminister, der 1998 ins Amt kam, auch etwas verbessert. Doch ideal war sie noch lange nicht“, sagt Chefredakteur Malifa. Unter den fünf Tages- und Wochenzeitungen sei der Samoan Observer die einzige freie und unabhängige Quelle – und somit ein Dorn im Auge der Regierungspartei, die eine satte Zweidrittelmehrheit im Parlament hat. Gerade deshalb, so betont Malifa, sei doch die Kontrollfunktion der

Medien so wichtig: „Doch diese Waffengeschichte ist ein erheblicher Rückschritt.“

Diese „Waffengeschichte“ ist von politischer Brisanz und soll wohl deswegen auf kleiner landespolitischer Flamme gekocht werden. Der Polizeichef muss sich vor Gericht verantworten, denn eine illegale Waffenlieferung aus Amerikanisch-Samoa, die an ihn adressiert war, flog auf. Die Anhörungen sind öffentlich, die Medien dürfen teilnehmen, aber nicht frei berichten.

„Wir dürfen nur die Pressemitteilungen veröffentlichen“, berichtet Kolumnist Mataafa Keni Lesa. Von ihm stammt die Schlagzeile „Medien werden bei den Ermittlungen zum Waffenschmuggel geknebelt“. Lesa schickte einige Zeilen hinterher, in denen er die Anweisung einen „Witz“ nannte. Dann druckte er die erste Pressemitteilung des Generalstaatsanwalts ab, in der aufgeführt wird, dass Gründe für diese Restriktion nicht aufgeführt werden.

Mataafa Keni Lesa ist verärgert. Er ist 30 Jahre alt, und genauso lange sei der Observer schon „watchdog“ über die Regierung. Nun habe diese eine Grenze überschritten. „Wir werden deshalb keine weiteren Pressemitteilungen veröffentlichen“, sagt Lesa, „wir werden aber auch nicht mit Hilfe von anonymen Zuschauern aus dem Gericht berichten können.“ Denn im Vergleich zu dem in deutschen Pressegesetzen garantierten Informantenschutz gelte auf Samoa ein Gesetz, alle Quellen offen legen zu müssen, wenn der Verdacht auf Verleumdung bestehe. Und dieser Verdacht sei schnell ausgesprochen.

Chefredakteur Malifa, der den Samoan Observer 1978 gründete, will weiter für eine kritische Berichterstattung kämpfen. Doch der Druck der Regierung habe zugenommen. Und mehrmals schon habe man versucht, ihn zu vereinnahmen. Im Jahr 2000 wollte man Malifa in eine Kommission zur Reform des Wahlsystems berufen: Er habe abgelehnt: „Medien und Politik müssen getrennt bleiben.“

IM NETZ

Weiterleben im Virtuellen

Von Klaus Kreimeier

Als der Betreiber der Website Imperium-Romanum.com die österreichische Industriellenvereinigung um Unterstützung bat, hat man sein Projekt „als nicht finanzierungswürdig erachtet, obwohl ein entsprechendes industriebasiertes Werbekonzept vorgelegt wurde“. Weltreiche kommen und gehen, manchen hilft auch modernes Marketing nicht wieder auf die Beine. Dabei wäre, wenn es zu Julius Cäsars Zeiten schon das Internet gegeben hätte, seine Website womöglich noch heute abrufbar.

Dieser Gedanke drängte sich mir auf, als ich beim Flanieren durch die Weiten des www auf die Homepage von Lehman Brothers stieß, der New Yorker Bank, die am 15. September mit Getöse zusammenbrach und seither der Geschichte angehört. „Die Lehman Brothers Inc. war eine amerikanische Investmentbank“, heißt es korrekt auf Wikipedia.

Auf ihrer Homepage strotzen Lehman Brs. noch immer von Innovationskraft, prahlen mit ihren Klienten, wedeln mit „investment banking“ und „private equity“. Als höchstes aller Güter aber preist die Bank ihr „intellektuelles Kapital“, das die Kunden in aller Welt sicher durch die Fähnisse der Globalisierung geleiten soll. Hat sich der Crash bis zum Management nicht herumgesprochen? Oder wurde mit den 28 000 Angestellten auch der Webmaster entlassen, so dass sein Werk nun sinnlos im Netz herumsteht wie Titus' Triumphbogen im modernen Rom?

Auf einen ganz anderen Gedanken kommt man, wenn man sieht, dass auf vielen Seiten, die dem Imperium Romanum gewidmet sind, das Spielen gefeiert und die pure Simulation (antiken Lebens) angeboten wird. Könnte es sein, dass man auf den Chefetagen großer Banken schon das Ende des Kapitalismus einkalkuliert und sich auf ein Weiterleben im Virtuellen vorbereitet? Dann wäre die Lehman-Homepage kein Anachronismus, sondern Vorschein eines Simulacrum, das die gigantische Abzocke samt Leerkäufen und Derivaten weiter zelebriert, während die Menschheit sich längst in reelleren Gefilden bewegt.

www.lehman.com/
www.imperiumromanum.com/

Wirtschaft nur aus Hamburg

Gruner + Jahr spart

HAMBURG. Europas größtes Zeitchriftenhaus Gruner+Jahr spart und zieht seine Wirtschaftstitel komplett in Hamburg zusammen. Die Magazine Capital und Impulse (Köln) und Börse Online (München) sollen mit der Financial Times Deutschland von März 2009 an von einer Redaktion Wirtschaft herausgegeben werden, die am Verlagssitz in Hamburg gegründet werde. Insgesamt fallen dabei laut G+J 60 Stellen weg. dpa